

DIE SPARKASSE BREMEN AG

GESCHÄFTSBERICHT 2012

RECHTSSTELLUNG/SITZ

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

GESCHÄFTSBERICHT 2012

04	EDITORIAL
06	CORPORATE GOVERNANCE BERICHT
08	Entsprechenserklärung
09	ORGANE BEIRÄTE UNTERNEHMENSBEREICHE
11	LAGEBERICHT
27	JAHRESABSCHLUSS
28	Jahresbilanz
30	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
31	Anhang
46	BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS
47	BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Beste Marktstellung in Bremen

Die Sparkasse Bremen

Die Sparkasse Bremen hat in einem von Staatsschuldenkrise und erneut ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägten Marktumfeld ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 erreicht. Mit bedarfsorientierten Dienstleistungen, attraktiven Produkten und einer konsequent auf die Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichteten Vertriebsstruktur konnten wir erneut überzeugen. Unsere sehr gute Privatkundenberatung wurde im Rahmen des CityContest 2013 und vom TÜV Rheinland im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens zur Beratungsqualität bestätigt. FOCUS MONEY zeichnete uns erneut als Testsieger in Bremen aus.

Unsere ausgeprägte Kundenorientierung hat uns geholfen, die Marktführerschaft sowohl im Privatkunden- als auch im Firmenkundengeschäft auf hohem Niveau zu halten. Ein ganzheitlicher Betreuungsansatz, überdurchschnittliche Beratungskompetenz sowie exzellent aus- und weitergebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren erneut wichtige Erfolgsfaktoren im Wettbewerb.

DEUTSCHLAND WACHSTUMSFÜHRER IN EUROPA

Die Erholung der Weltwirtschaft flachte 2012 merklich ab, blieb aber insgesamt intakt. Während China nicht mehr ganz die hohen Zuwächse der vergangenen Jahre erreichte, konnten die USA ihre Wirtschaftsleistung um 2,2 % steigern. Schwächer verlief die Entwicklung in Euroland, wo vor allem die hartnäckige Rezession in Griechenland, Italien und Portugal belastete. Diese Länder haben weiter unter den Folgen der Staatsschuldenkrise und ihrer geringen Wettbewerbsfähigkeit zu leiden. Deutschland verzeichnete dagegen einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,9 %. Damit war die Bundesrepublik wie schon im Vorjahr ein Stabilitätsanker im Euroraum und Wachstumsführer innerhalb der Staatengemeinschaft.

Deutschland profitierte dabei besonders vom robusten Export, der Konsumnachfrage sowie einem lebhaften Wohnungsbau. Die klassischen Investitionen des Unternehmenssektors in Ausrüstungen und Gewerbebauten blieben dagegen eher schwach. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der Euro-Krise haben die Unternehmen in Deutschland überwiegend vorsichtig und abwartend reagiert. Daran hat auch das außergewöhnlich niedrige Zinsniveau in 2012 nichts geändert.

Die Wirtschaft in Bremen präsentierte sich 2012 in robuster Verfassung. Besonders stark waren die Zuwächse im Außenhandel. Die bremischen Exporte legten gegenüber dem Vorjahr um mehr als 20 % zu – das war das größte Plus unter allen Bundesländern. Der positive Trend begünstigte auch die Entwicklung auf dem Bremer Arbeitsmarkt. Mit jahresdurchschnittlich 10,2 % lag die Arbeitslosenquote in der Hansestadt um 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

Erfreulich verlief erneut die Entwicklung der Hafen- und Logistikwirtschaft. Die Häfen in Bremen und Bremerhaven konnten 2012 das beste Umschlagsergebnis ihrer Geschichte erzielen. Mit einem Gesamtumschlag von 84 Mio. t und einem Containerergebnis von 6,1 Mio. TEU schnitten die bremischen Häfen deutlich besser ab als im Vorjahr.

Als Wirtschaftsstandort mit hoher Außenhandelsorientierung wird Bremens Entwicklung auch in Zukunft stark von der Exportwirtschaft abhängen. Hier gilt es die Chancen zu nutzen, die sich in der Industrie, der maritimen Logistik und bei den kreativen Dienstleistungen bieten. Daneben sollte sich Bremen weiter für die Pflege seiner Hochschullandschaft einsetzen. Denn gerade als Standort für die Hochtechnologie profitiert die Hansestadt maßgeblich von ihrer Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur.

Mit Blick auf das angelaufene Jahr 2013 sind wir – trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – insgesamt vorsichtig optimistisch. Die allgemeine Verunsicherung der Wirtschaft durch die Schuldenkrise in Europa hat zuletzt etwas nachgelassen.



Der Vorstand der Sparkasse Bremen von links nach rechts: Dr. Heiko Staroßom, der Vorsitzende Dr. Tim Nesemann, Joachim Döpp und Thomas Fürst

Dennoch rechnet die Bundesregierung für 2013 nur mit einem schwachen Wachstum für Deutschland in Höhe von 0,4 %. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen in Bremen deuten auf weitgehend stabile Geschäftsergebnisse in den kommenden Monaten hin. Auf Jahressicht zeichnet sich ein moderates Wachstum der hiesigen Wirtschaftsleistung ab. Es bestehen Chancen, dass die Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf wieder auf einen höheren Wachstumspfad einschwenkt.

Die Sparkasse Bremen wird auch zukünftig – in einer sich immer schneller wandelnden und komplexeren Welt – als verlässlicher und kompetenter Partner an der Seite der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger unserer Wirtschaftsregion stehen.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dr. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. Heiko Staroßom

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch ein wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. (2) ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Fassung: 15. Mai 2012) enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen (»soll«) und Anregungen (»sollte«). Von diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratssitzung am 4. Dezember 2012 den Umsetzungsstatus vom 28. November 2011 formal bestätigt. Unverändert gilt, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt. Der Corporate Governance Bericht

einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetwebsite »www.sparkasse-bremen.de« veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

DER AUFSICHTSRAT ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, der bei Bedarf ohne den Vorstand tagt. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun – im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex unabhängigen – Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Im Berichtsjahr gehörten dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin gewählte oder entsandte Mitglieder die Herren Gerhard Harder (Vorsitzender), Bremen, Joachim M. Clostermann, Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Otto Lamotte, Bremen, Frau Janina Marahrens-Hashagen, Bremen, und Herr Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an. Als gewählte Arbeitnehmervertreter gehörten ihm die Herren Björn Drenkwitz (ab 23. Mai 2012), Oyten, Heiko Oerter, Bremen, Hans-Joachim Schur (bis 23. Mai 2012), Ritterhude, und Volker Stange, Bremen, an.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Auf-

sichtsrat auf Grundlage der satzungsrechtlichen Bestimmungen einen Präsidialausschuss sowie einen Kreditausschuss gebildet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der »Bericht des Aufsichtsrates«. Der Aufsichtsrat trat 2012 zu fünf Sitzungen zusammen, um sich unter anderem über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren, geschäftspolitische Themen zu diskutieren und über Vorstandsangelegenheiten (einschließlich des Vergütungssystems) zu beraten. Mittels Quartalsberichten wurde der Aufsichtsrat darüber hinaus zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2012 durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die derzeit gültigen Vergütungsregelungen wurden in der Hauptversammlung am 23. Mai 2012 beschlossen. Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig im Zuge von Neuvorschlägen bzw. der Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern mit seiner internen Struktur und Zusammensetzung. Konkret sind Altersgrenzen festgelegt. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat seit Jahren bestrebt, den Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie in den Gremien in angemessenem

Umfang zu berücksichtigen und nachhaltig zu steigern. Diese Selbstverpflichtung ist bislang zwar weder in der Satzung der Sparkasse noch den Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat und Vorstand schriftlich niedergelegt, gehört aber bereits implizit zur gelebten Unternehmens- und Führungskultur.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in anderen bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

DER VORSTAND ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden sowie drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist u. a. zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersversorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach § 107 Abs. (3) Satz 3 AktG bleiben davon unberührt. Die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. In seiner

Sitzung am 4. Dezember 2012 wurde der Aufsichtsrat turnusmäßig über die Struktur und Angemessenheit des Vergütungssystems und etwaige Anreizsysteme mit Langzeitwirkung für den Vorstand informiert. Die erfolgsabhängige Vergütung wird neben dem originären Unternehmensergebnis von der Erreichung entsprechender Langfristziele (Kundennutzen, Produktivität, Risikotragfähigkeit) sowie individuellen, persönlichen Zielen beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Die variable Vergütung ist auf 50 % der Grundvergütung begrenzt. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktienoptionspläne oder ähnliche Wertpapier orientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011 wird aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf eine individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied verzichtet. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2012

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 15. Mai 2012 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:
 - a) Für eine Mitteilung der Einberufung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG und eine Übermittlung der Einberufungsunterlagen an in- und ausländische Finanzdienstleister, Aktionäre und Aktionärsvereinigungen besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 2.3.2).
 - b) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.3).
 - c) Über die Corporate Governance wird jährlich berichtet, allerdings – mangels Erklärung zur Unternehmensführung – weiterhin im Corporate Governance Bericht im Geschäftsbericht (Kodex-Nr. 3.10).
 - d) Der Präsidialausschuss bereitet u. a. auf Basis der Prüfungsberichte die Sitzung des Aufsichtsrates vor, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Ihm sind die wesentlichen Feststellungen externer oder von Prüfungen der Internen Revision vorzutragen und der Compliance-Bericht vorzulegen. Aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG besteht für eine Trennung des Vorsitzes im Aufsichtsrat und des Vorsitzes im Präsidialausschuss kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 5.2).
 - e) Auf die Bildung eines Nominierungsausschusses wird vom Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aufgrund der Aktionärsstruktur verzichtet (Kodex-Nr. 5.3.3).

- f) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG werden aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung weder im Anhang zum Jahresabschluss noch im Lagebericht individualisiert offengelegt (Kodex-Nr. 5.4.6).
- g) Die unverzügliche Veröffentlichung von Insiderinformationen durch den Vorstand, die Die Sparkasse Bremen AG betreffen, ist aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 6.1).
- h) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.3).
- i) Die Sparkasse Bremen AG veröffentlicht mit Blick auf ihre Unternehmensstruktur, ihre regionale Geschäftsstrategie und die Nicht-Börsennotierung keine Informationen aufgrund kapitalmarktrechtlicher Vorschriften im Ausland, die auch im Inland bekannt gemacht werden könnten (Kodex-Nr. 6.5).
- j) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.7).

- k) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf. Nach Auffassung von Aufsichtsrat und Vorstand besteht aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung kein Umsetzungsbedarf (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.5).
2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der »Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 15. Mai 2012 mit den unter 1. a) – k) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 25. April 2013

Der Aufsichtsrat
Gerhard Harder
Vorsitzender des
Aufsichtsrates

Der Vorstand
Dr. Tim Neseemann
Vorsitzender
des Vorstandes

Joachim Döpp
Mitglied
des Vorstandes

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der
NordCap GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Björn Drenkwitz (ab 23. Mai 2012)
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Otto Lamotte
Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Janina Marahrens-Hashagen

Geschäftsführende Gesellschafterin der
H. Marahrens Schilderwerk, Siebdruckerei, Stempel GmbH

Heiko Oerter

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Hans-Joachim Schur (bis 23. Mai 2012)

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Volker Stange

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

VORSTAND

Dr. rer. nat. Tim Neseemann

Vorsitzender des Vorstandes

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

BEIRÄTE

DIREKTION NORD

Hans-Jürgen Busch

Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka
Technischer Großhandel

Lutz Diedrich

Unternehmensberater

Heiko Dornstedt

Ortsamtsleiter Vegesack

Monika Eichner

Rechtsanwältin und Notarin

Karl-Peter Hoffmeyer

Vorsitzender des Vorstandes der Nehlsen AG

Reiner Kammeyer

Referent Senatskanzlei Bremen

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor des
Verbandes der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen

Bernd-Claus Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter der
PNEUTEX Gesellschaft für pneum.
Foliendachsysteme mbH

Wolfgang Patzelt

Kaufmann

Erik Petersen

Ortsamtsleiter Blumenthal i. R.

Karin Petry

Geschäftsführende Gesellschafterin der
Johanne Meineke Ww GmbH

Christian Stubbe

Mitinhhaber der Beerdigungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

DIREKTION OST

Marco Bremermann

Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann

Ludwig Cords

Geschäftsführender Gesellschafter der
BHK Tief- und Rohrbau GmbH

Heinz Döhrmann

Landwirt

Marco Fuchs

Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG

Ullrich Höft

Ortsamtsleiter Hemelingen

Frauke Riedemann-Schmitz

Inhaberin des Schuhhauses Riedemann

Ulrich Schlüter

Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade

Diplom-Ökonom, Steuerberater

Rolf A. Weidelt

Geschäftsführender Gesellschafter der
A. Weidelt Systemtechnik GmbH & Co. KG

Jens Wittrock

Kaufmann

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse Bremen zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

UNTERNEHMENSBEREICHE

MARKTBEREICH

Direktionen

Detlef Mehrkens, Mitte

Dieter Wolfsdorf, Ost

Michael Feht, Süd

Holger Hintze, Nord

Private Banking

Dr. Dirk Rollenhagen

Immobiliencenter

Thomas Schaumlöffel

Firmenkunden

Ralf Kubitz

Ralf Pfannenschmidt

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff

Treasury

Werner Logemann

SERVICEBEREICH

Compliance

Norbert Haak

Facility Management

Dipl. Ing. Jürgen Salmon

Gesamtbanksteuerung

Wolfgang Taden

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Organisation und Informationstechnologie

Bernhard Ruschke

Personal

Reinhard Lüllmann

Revision

Kester Kleinert

Team Zukunft

Dr. phil. Malte M. Mellmann

Vertriebsmanagement

Dipl. Ing. Holm Diez

Vorstandsstab und Kommunikation

Dr. Birgit Krull

DIE SPARKASSE BREMEN AG

LAGEBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN WACHSTUMSFÜHRER IN EUROPA

Deutschland gehörte 2012 trotz einer sich im Jahresverlauf abschwächenden Konjunktur und eines insgesamt geringen Wirtschaftswachstums zu den führenden Volkswirtschaften in Europa.

Die Erholung der Weltwirtschaft flachte ab, erwies sich aber dennoch als recht solide. Schwellenländer – wie etwa China – verzeichneten nicht mehr ganz die Spitzenwerte wie in den Vorjahren. Die USA konnten ihr Wirtschaftswachstum mit einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 2,2 % leicht steigern. Selbst Japan wies – nach dem Rückschlag durch Naturkatastrophen und deren Folgen im Frühjahr 2011 – mit ebenfalls 2,2 % wieder einen positiven Wert aus. Ungünstiger verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und noch mehr im Euroraum. Die Wirtschaftsleistung sackte – bedingt durch weiter schrumpfende Wirtschaften etwa in Griechenland, Italien, Portugal und Zypern – um 0,2 % bzw. 0,4 % ab. In diesen Krisenländern zeigt sich weiterhin eine hartnäckige Rezession – trotz teils geringfügig verbesserter Indikatoren beim Leistungsbilanzsaldo oder bei den Lohnstückkosten. Dabei setzen die Hoffnungen, dass ergriffene Maßnahmen fruchten, sich die Entwicklung konsolidiert sowie Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumskraft zurück gewonnen werden, auf durchaus unterschiedlichem Niveau auf. In Frankreich konnte eine Rezession durch ein geringes Wachstum auf ähnlichem Niveau wie in Deutschland einstweilen vermieden werden. Die Grande Nation musste allerdings ein Down-Grading durch die Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's hinnehmen.

Auch Deutschland, das 2011 noch einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes um 3,1 % verzeichnete, konnte nicht an

den guten Vorjahrswert anschließen. Mit 0,9 % wurde hier aber immerhin noch ein Wirtschaftswachstum erzielt – ein Wirtschaftswachstum, das natürlich keineswegs ausreichte, Europa oder den Euroraum in die Pluszone zu führen. Vor allem der Export und Konsum, daneben der Wohnungsbau, stabilisierten die Entwicklung. Die klassischen Unternehmensinvestitionen in Ausrüstungen und Gewerbebauten blieben dagegen zurück und bilden die Achillesferse der deutschen Konjunktur. Das Investitionsvolumen hat infolge der Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Euro-Krise und der Konsolidierung in den europäischen Partnerländern bisher nicht in erhofftem Umfang von den ungewöhnlich niedrigen Zinsen profitieren können. Die abwartenden Dispositionen im Lagerzyklus bestätigen ebenfalls, dass die Unternehmen nicht mit einem schnellen Anziehen der Nachfrage rechnen. Immerhin sorgt die vorsichtige Einschätzung dafür, dass gravierende Rückschläge im Falle einer sich weiter abschwächenden Konjunktur nicht zu erwarten sind.

Vergleichbar verlief die konjunkturelle Entwicklung in Bremen. Insbesondere der Export stützte die Entwicklung. Nach Berechnungen der Handelskammer Bremen schob sich Bremen mit einem für 2012 erwarteten Exportzuwachs um 20 % auf den Spitzenplatz unter den Bundesländern. Bereits im Oktober 2012 hatten die bremischen Exporte den Vorjahreswert erreicht. Erfolgreiche deutsche Exporte insgesamt vor allem in Länder außerhalb der Europäischen Union, bleiben die meisten Bremer Exportprodukte innerhalb Europas, gefolgt von Amerika und Asien. Dies begünstigte natürlich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote betrug jahresdurchschnittlich 10,2 % und lag damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

HOHE MARKTSTELLUNG GEHALTEN

Die Sparkasse Bremen weist sowohl im Privatkunden- als auch im Firmenkundengeschäft mit Abstand beste Marktstellungen in Bremen auf, und es ist gelungen, die Marktführerschaft auf diesem hohen Niveau zu halten. Basis dafür ist zum einen unsere konsequente Auf die Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtete Vertriebsstruktur, zum anderen unsere hohe Beratungsqualität. FOCUS MONEY zeichnete uns im »CityContest 2013« erneut als Testsieger in Bremen aus. Getestet wurde die Privatkundenberatung bei sieben Kreditinstituten in Bremen. In 2013 haben wir damit das Siegel »Prädikat überragend« erreicht. Insgesamt werden diese Tests in 300 Städten durchgeführt. Darüber hinaus wurde uns vom TÜV Rheinland das

bereits im letzten Jahr erhaltene TÜV Zertifikat zur Beratungsqualität im Rahmen der Rezertifizierung bestätigt. Dies zeigt, dass wir konsequent am Thema Beratungsqualität arbeiten und die Philosophie der ganzheitlichen und bedarfsorientierten Beratung bei uns im Haus gelebt wird. Die erneuten Auszeichnungen bestätigen, dass die Sparkasse Bremen durch exzellente Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einen ganzheitlichen und bedürfnisorientierten Beratungsansatz eine überdurchschnittliche Beratungskompetenz aufweist. Auszeichnung und Zertifikat bedeuten Lob, Anerkennung und Ansporn auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

GESCHÄFTSVERLAUF

ERGEBNISSTEIGERUNG UNTER UNGÜNSTIGEN RAHMENBEDINGUNGEN

Das Jahr 2012 war gekennzeichnet durch die anhaltende europäische Staatsschuldenkrise und einer daraus resultierenden Vertrauenskrise im Euroraum. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Abkühlung als Folge der europäischen Staatsschuldenkrise verlangsamte sich auch in Deutschland im Jahresverlauf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Neue gesetzliche Anforderungen, hoher Wettbewerbsdruck, die anhaltende Unsicherheit auf den Finanzmärkten und die Krise in der Schifffahrtsbranche als weitere Belastungsfaktoren prägten die Geschäftstätigkeit der Sparkasse Bremen spürbar. Vor dem Hintergrund dieser weiterhin ungünstigen Rahmenbedingungen blickt die Sparkasse Bremen auf ein mehr als zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück. Sie konnte mit bedarfsorientierten Dienstleistungen

und attraktiven Produkten überzeugen und ein gegenüber dem Vorjahr deutlich um 15,9 Mio. € auf 37,8 Mio. € gestiegenes Jahresergebnis erzielen.

Im Stichtagsvergleich erhöhten sich aktivseitig der Bestand der Forderungen an Kunden sowie der Wertpapierbestand. Dagegen verringerte sich der Bestand der Forderungen an Kreditinstitute.

Diese Entwicklung korrespondiert in der Stichtagsbetrachtung auf der Passivseite insbesondere mit einer Erhöhung des Kundeneinlagenbestandes. Dagegen verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Zu den Entwicklungen im Einzelnen:

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2012	2011	2010	2009	2008
Forderungen an Kunden	8.457,0	8.322,1	8.165,4	8.099,1	8.077,4
davon:					
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.985,4	7.836,6	7.703,9	7.626,3	7.578,9
davon:					
Erworbene Schuldscheine	69,2	75,7	103,3	77,1	229,5
Treuhandkredite	10,9	17,7	18,6	18,1	18,4
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	460,7	467,8	442,9	454,7	480,1
Forderungen an Kreditinstitute	580,3	1.197,1	890,6	1.064,2	1.648,7

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, Treuhandkredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2012 bei 8,5 Mrd. € und damit erneut über Vorjahresniveau.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMIEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2012	2011	2010	2009	2008
Firmenkunden*)	5.407,7	5.298,1	5.175,0	5.038,5	4.838,7
Privatkunden*)	2.600,4	2.597,5	2.582,6	2.601,9	2.631,1

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre konnte im Firmenkundenbereich fortgesetzt werden. Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden lag mit 5,4 Mrd. € erneut über Vorjahresniveau. Während im gewerblichen Wohnungsbaukreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, wurde dieser im Wesentlichen durch weitere Zuwächse im sonstigen Darlehensgeschäft – insbesondere in den Bereichen Windenergie und gewerbliche Immobilienfinanzierungen – kompensiert. Diese nachhaltig positive Bestandsentwicklung im Firmenkundengeschäft ist für die Sparkasse Bremen vor dem Hintergrund des gegenwärtig starken Wettbewerbs um boni-

tätsstarke Firmenkunden ein hervorragendes Ergebnis.

Die Kredite an Privatkunden bewegten sich mit 2,6 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Insbesondere die kundennahe Etablierung des Immobilien-Centers hat im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft zu einer Stabilisierung des Neugeschäftes auf hohem Niveau geführt.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich stichtagsbezogen um 51,5 % auf 0,6 Mrd. €. Vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wurden fällige Geldanlagen bei Kreditinstituten durch liquide, variabel verzinsliche Wertpapierpositionen ersetzt.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2012	2011	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten	7.224,6	6.927,6	6.787,1	7.282,5	7.173,5
davon:					
Spareinlagen	2.984,1	2.884,3	2.967,3	3.139,8	3.314,9
Schuldverschreibungen	303,8	419,7	451,8	382,2	475,3
Täglich fällige Einlagen	3.001,1	2.650,1	2.476,9	2.873,7	2.095,3
Befristete Einlagen	934,6	973,5	891,1	886,8	1.288,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.568,2	2.622,4	2.844,6	2.541,5	2.599,2

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich zum Jahresende um 4,3 % auf 7,2 Mrd. €.

Während sich im Stichtagsvergleich die von der Sparkasse Bremen emittierten Inhaberschuldverschreibungen sowie der Bestand an befristeten Einlagen rückläufig entwickelten, verzeichnete der Bestand an täglich fälligen Einlagen eine positive Entwicklung und erhöhte sich stichtagsbezogen deutlich.

Erfreulich verlief die Bestandsentwicklung insbesondere im Bereich der Spareinlagen. Der rückläufigen Entwicklung konnten wir entgegenwirken und im Stichtagsvergleich erstmals wieder eine Bestandserhöhung verzeichnen.

Die von der Sparkasse Bremen emittierten Inhaberschuldverschreibungen bieten einen guten Einstieg in die Anlage festverzinslicher Wertpapiere erstklassiger Bonität. Die rückläufige, durch Erweiterungen unserer Produktpalette beeinflusste, aber dennoch weiter stabile Entwicklung im Bereich der Eigenemissionen sehen wir ebenso wie die Bestandsentwicklungen im Einlagengeschäft insgesamt im Wesentlichen als Folge des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der daraus resultierenden grundsätzlichen Zurückhaltung gegenüber langfristig ausgerichteten Anlageformen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich im Berichtsjahr stichtagsbezogen leicht um 2,1 % auf 2,6 Mrd. €.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ergebniskomponente. Während wir im Wertpapier- und sonstigen Provisionsgeschäft, aber auch im Giroverkehr positive Entwicklungen verzeichnen konnten, entwickelten sich die Provisionserträge im Vorsorge- und Bauspargeschäft rückläufig. Vor dem Hintergrund der ungünstigen Rahmenbedingungen und der weiterhin deutlich spürbaren Kundenzurückhaltung erzielten wir mit 56,9 Mio. € ein

Provisionsergebnis über Vorjahresniveau und damit ein für die Sparkasse Bremen mehr als zufriedenstellendes Ergebnis.

Unser 2012 neu aufgestellter Anlageausschuss stützt sich nicht nur auf externe Quellen. Er entscheidet vielmehr selbst und hier vor Ort für das Kunden- und unser Eigengeschäft über unsere hausintern verbindliche Einschätzung der künftigen Zins- und Börsenentwicklung.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (UMSÄTZE IN MIO. €)

	2012	2011	2010	2009	2008
Aktien und Investmentzertifikate	380,7	474,8	559,3	630,7	984,8
Festverzinsliche Wertpapiere	241,9	396,1	262,3	376,2	307,8
Eigenemissionen ¹⁾	200,9	302,1	244,0	271,3	182,0

¹⁾ seit 2009 einschließlich Pfandbriefemission

Insbesondere aufgrund der anhaltend unsicheren Rahmenbedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten, des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und der daraus resultierenden Kundenzurückhaltung verzeichneten wir im Berichtsjahr rückläufige Umsätze im Bereich der Aktien und Investmentzertifikate sowie

bei den festverzinslichen Wertpapieren.

Der Umsatzrückgang im Bereich unserer Eigenemissionen steht in engem Zusammenhang mit der Erweiterung unserer Produktpalette und daraus resultierender Umsatzverschiebungen im Passivgeschäft.

EIGENANLAGEN IN WERTPAPIEREN

Nachdem im Frühjahr die Zinsaufschläge für Euro-Staatsanleihen aus europäischen Peripheriestaaten ihren Höhepunkt erreicht hatten, bildeten sich diese – nach der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen – im Herbst spürbar zurück. Ebenso wie die Bank of England stockte auch die Bank of Japan ihr Anleihenkaufprogramm auf. Die europäischen Maßnahmen wurden durch die Beschlüsse der US-Notenbank über den Kauf von besicherten Wertpapieren und einer Nullzinspolitik bis Mitte 2015 begleitet.

Vor dem Hintergrund hoher Marktvolatilitäten, historisch niedriger Zinsen und freundlicher Kreditmärkte stellten entsprechende Performanceerwartungen für alle Marktteilnehmer eine große Herausforderung dar.

Mit einer Wertentwicklung von rund 30% im Jahr 2012 erzielten deutsche Aktien unter den Anlageformen die beste Performance. Während mit Bundesanleihen nur ein Plus von rund 3% zu erzielen war, konnten mit Unternehmensanleihen ebenfalls beachtliche Renditen erzielt werden. Die Renditeauf-

schläge gingen in allen Marktsegmenten für Unternehmensanleihen deutlich zurück. Gute Ergebnisse konnten Anleger mit Anleihen von Banken und von Emittenten aus europäischen Peripherieländern erzielen. Aber auch Investoren der Segmente »High-Yield« und »Emerging-Market« konnten sich einer sehr guten Performance erfreuen.

Um Renditevorteile in speziellen Assetklassen zu nutzen, wurden die Bestände in unseren Spezialfonds und in ausgewählten Publikumsfonds erhöht.

Fällige Wertpapiere aus dem Anlagebestand und auslaufende Termingelder wurden zum Ausbau der Liquiditätsreserve in variabel verzinsliche Wertpapiere mit einer einwandfreien Bonität investiert.

Die anhaltende Staatsschuldenkrise in den Schwellenländern veranlasste uns, die Wertpapierbestände der europäischen Peripheriestaaten im Direktbestand zu veräußern. Lediglich im Fondsbereich wurden unwesentliche Bestände dieser Länder gehalten.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Bei einer im Einzelnen differenzierten Entwicklung verringerte sich unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen um 8,3 Mio. € auf 228,5 Mio. €.

Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten.

Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge. Darüber hinaus erfolgten Wertanpassungen insbesondere auf den Beteiligungsansatz der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, die Besitzgesellschaft für die Anteile an der Landesbank Berlin.

SACHINVESTITIONEN

Der Sachaufwand zeigt mit 95,3 Mio. € im Vorjahresvergleich erneut eine rückläufige Tendenz. Diese positive Entwicklung ist Ergebnis unserer umfangreichen Zukunftsinvestitionen der vergangenen Jahre. Kostensteigerungen aufgrund umfangreicher Maßnahmen im Vorhaben- und Projektbereich zur Umsetzung neuer gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen konnten wir im Berichtsjahr durch unser intensives Kostenmanagement erfolgreich entgegenwirken. Unsere laufenden Aktivitäten zur Kosten-, aber auch zur Prozessoptimierung führten

bereits in den Vorjahren zu nachhaltigen Effekten und werden auch in den Folgejahren weitere spürbare Kostenreduzierungen nach sich ziehen. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern wider, die neben den Leistungen im Bereich der Informationstechnologie im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv-, Passiv- und Wertpapierdienstleistungsgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum 31. Dezember 2012 waren bei der Sparkasse Bremen 1.515 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (+0,5 % ggü. Vj.) beschäftigt, umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies 1.316 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Zahl der Teilzeitkräfte und Aushilfen beträgt 489. Die Zahl der Auszubildenden liegt mit 103 auf Vorjahresniveau (101). Mit einer Ausbildungsquote von 7,6 % der bankspezifisch Beschäftigten leisteten wir einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Bremen.

Auch 2012 stellten neue oder absehbare gesetzliche Regelungen hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl bei der Beratung unserer Kunden als auch im Backoffice-Bereich. Unser Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 87 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, davon knapp die Hälfte darüber hinaus über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt sowie knapp ein Achtel über den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Unser Vergütungssystem orientiert sich am Tarifvertrag der privaten und öffentlichen Banken und setzt sich strukturell aus festen und variablen Bestandteilen zusammen. Im Hinblick

auf die variablen Bestandteile hatten wir uns 2011 mit dem Betriebsrat auf ein Erfolgsbeteiligungsmodell verständigt, das sich – einheitlich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – nach dem Ergebnis der Sparkasse Bremen, ihres Kundennutzens und ihrer Produktivität bemisst. Für alle außertariflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veränderten wir 2012 wiederum einvernehmlich mit dem Betriebsrat das Vergütungssystem für das Jahresgrundgehalt. Maßgeblich dafür ist nunmehr die auf Basis interner Funktionsbeschreibungen erfolgte Stellenbewertung nach dem analytischen Bewertungsverfahren der HayGroup. Wir erfüllen damit weiterhin die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere die der geltenden Institutsvergütungsverordnung.

Bereits 2007 wurden wir als familienfreundlicher Betrieb mit dem Grundzertifikat des Audits »berufundfamilie« der Hertie-Stiftung ausgezeichnet und 2010 rezertifiziert. Mit vielen Investitionen in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere in den Bereichen Kinderbetreuung, Unterstützung pflegender Angehöriger und Teilzeitmodelle, sowie in den Ausbau des Gesundheitsmanagements haben wir die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeberin auch 2012 weiter erhöht. Nach einer repräsentativen internen Befragung geben 80 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, die Sparkasse Bremen sei eine sehr gute Arbeitgeberin.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2012	2011	2010	2009	2008
Forderungen an Kreditinstitute	580,3	1.197,1	890,6	1.064,2	1.648,7
Forderungen an Kunden	7.985,4	7.836,6	7.703,9	7.626,3	7.578,9
Wertpapiere	1.760,3	918,3	1.402,0	1.616,4	1.081,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.568,2	2.622,4	2.844,6	2.541,5	2.599,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.919,7	6.507,9	6.335,3	6.900,3	6.698,2

Erstmals haben wir im Berichtsjahr in Höhe von 40 Mio. € den Fonds für allgemeine Bankrisiken dotiert. Wesentliche Veränderungen in der Bilanzstruktur haben sich gegenüber dem Vorjahr daraus nicht ergeben.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 616,8 Mio. € oder 51,5 %. Damit reduzierte sich auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute an der Bilanzsumme von 11,4 % auf 5,4 %. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 148,8 Mio. € oder 1,9 % und tragen mit 73,7 % zur Bilanzsumme bei. Die durch die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute freigesetzte Liquidität wurde im Wesentlichen zum Bestandsaufbau bei den Wertpapieranlagen verwendet, die sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 842,0 Mio. € oder 91,7 % erhöht haben. Damit verdoppelte sich auch nahezu der Anteil der Wertpapiere an der Bilanzsumme. Der Bestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kre-

ditinstituten verringerte sich um 54,2 Mio. € oder 2,1 % und trägt mit 23,7 % zur Bilanzsumme bei. Eine gegenläufige Entwicklung verzeichneten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die sich gegenüber dem Vorjahr um 411,8 Mio. € oder 6,3 % erhöhten. Im Verhältnis zur Bilanzsumme erhöhte sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zum Vorjahr von 61,8 % auf 63,9 %.

Die Wertpapiere der Direkt- und Fondsanlagen im Anlagevermögen haben wir – im Hinblick auf die gesicherte Rückzahlung – teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Das Kernkapital der Sparkasse Bremen am 31. Dezember 2012 betrug 578,5 Mio. €. Dies entspricht einer Quote von 7,6 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 776,2 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 10,2 % und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

FINANZLAGE

Unsere bereits in den Vorjahren komfortable Liquiditätslage haben wir auch 2012 bewusst aufrecht erhalten und weiter ausgebaut. Sie ist auch mit Blick auf die folgenden Jahre mehr als ausreichend und stellt darüber hinaus die Erfüllung der absehbaren gesetzlichen Liquiditätsanforderungen nach Basel III sicher.

Ein wesentlicher Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft ist die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, die die materielle Liquidität darstellt. Im Durchschnitt lag diese Liquiditätskennzahl wiederum deutlich oberhalb der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm und darüber hinaus 2012 auch deutlich über dem Durchschnittswert des Vorjahres.

Durch unser laufendes Guthaben bei der Deutschen Bundesbank haben wir die Mindestreservevorschriften im Berichtsjahr durchgängig erfüllt.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betrug zum Bilanzstichtag 1,7 Mrd. €.

Diese komfortable Liquiditätslage sowie unsere umfassenden Maßnahmen zum Management und zur Steuerung der Liquidität stellen auch künftig die Zahlungsbereitschaft und die Erfüllung der sich absehbar verschärfenden gesetzlichen Anforderungen sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO.€)

	2012	2011	2010	2009	2008
Zinsüberschuss ¹⁾	231,9	252,5	232,1	202,9	212,4
Provisionsüberschuss	56,9	55,8	55,8	59,1	59,8
Nettoergebnis des Handelsbestands	-3,4	-10,1	-0,8	2,1	-2,1
Personalaufwand	96,8	92,6	89,9	114,8	124,3
Sachaufwand ²⁾	95,3	97,0	98,2	104,8	112,9
Verwaltungsaufwand ²⁾	192,1	189,6	188,1	219,6	237,2
Bewertungsergebnis ³⁾	-31,1	-69,5	-55,2	-38,2	-48,6
Außerordentliches Ergebnis	-5,1	-5,1	-6,4	0,0	0,0
Gewinnabhängige Steuern	6,4	5,1	6,4	2,4	-1,9
Jahresergebnis	37,8	21,9	23,0	12,7	2,2
Dividende	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0
Rücklagenzuführung	37,2	21,3	22,4	12,7	2,2

¹⁾ einschließlich laufender Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen

²⁾ einschließlich Abschreibungen

³⁾ einschließlich Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Auch 2012 beeinflussten ungünstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen die Ergebnisentwicklung der Sparkasse Bremen. Die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise, die Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung im Jahresverlauf und nicht zuletzt das anhaltend niedrige Zinsniveau prägten und belasteten die Geschäftstätigkeit und damit die Ergebnisentwicklung spürbar. Trotz dieses ungünstigen Marktumfeldes konnte die Sparkasse Bremen ein Jahresergebnis deutlich über Vorjahresniveau erzielen.

Der Zinsüberschuss verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,2 % bzw. 20,6 Mio. € auf 231,9 Mio. €. Aktivseitig entwickelte sich das Kundengeschäft insbesondere bei den Projektfinanzierungen und im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen positiv, das Passivgeschäft war dagegen aufgrund gesunkener Margen im Einlagengeschäft infolge historisch niedriger Marktzinsen und des hohen Wettbewerbsdrucks deutlich belastet. Während sich die in den Zinsüberschuss einfließenden Erträge um 24,1 Mio. € auf 424,7 Mio. € verringerten, verzeichneten wir beim Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) einen Rückgang um 3,5 Mio. € auf 192,9 Mio. €. In geringerem Umfang als im Vorjahr enthält der Zinsüberschuss Erträge und Aufwendungen aus der unter Risiko reduzierenden Gesichtspunkten vorgenommenen Auflösung von Zins-Swaps, die der Zinsbuchsteuerung dienen. Vor dem Hintergrund der ungünstigen Rahmenbedingungen aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation sowie des historisch niedrigen Zinsniveaus auf den Geld- und Kapitalmärkten ist dies für die

Sparkasse Bremen ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Entsprechend der Vorgaben des IDW RS BFA 3 haben wir im Berichtsjahr die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs durchgeführt und mit einem positiven Ergebnis die Werthaltigkeit unseres Bankbuchs festgestellt.

Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ergebniskomponente. Wir konnten mit 56,9 Mio. € ein Ergebnis über Vorjahresniveau und damit ein für die Sparkasse Bremen mehr als zufriedenstellendes Ergebnis erzielen.

Der negative Ergebnisbeitrag beim Nettoergebnis des Handelsbestands steht in engem Zusammenhang mit den im Berichtsjahr weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,5 % bzw. 4,2 Mio. € auf 96,8 Mio. €. Ursächlich für diese Aufwandsentwicklung sind im Wesentlichen Tarifsteigerungen im Rahmen der laufenden Lohn-, Gehalts- und Versorgungsleistungen sowie Veränderungen von variablen Vergütungsbestandteilen.

Der Sachaufwand zeigt im Vorjahresvergleich erneut eine rückläufige Tendenz und verringerte sich um 1,8 % bzw. 1,7 Mio. € auf 95,3 Mio. €.

Die Cost-Income-Ratio erhöhte sich im Berichtsjahr auf 72,7 % (Vorjahr: 67,5 %).

Trotz der weiter ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – und unabhängig von der in Höhe von 40 Mio. € erfolgten Umwandlung stiller Vorsorgereserven in den

Fonds für allgemeine Bankrisiken – konnten wir 2012 im Bewertungsergebnis insgesamt eine deutlich positive Entwicklung verzeichnen:

Für den Kreditbereich hatten wir unter konservativer Betrachtung einen Risikoversorbedarf auf leicht erhöhtem bis konstantem Niveau prognostiziert. Diese grundsätzlich vorsichtige Einschätzung wurde übertroffen. Wir konnten das Bewertungsergebnis im Kreditbereich trotz gestiegener Risikoversorge im Schiffsfinanzierungsbereich deutlich verbessern. Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere unsere nachhaltigen strukturellen Optimierungen im Kreditportfolio sowie gestiegene Auflösungen bei den in den Vorjahren einzelwertberechtigten Krediten.

Im Wertpapierbereich konnten wir nach den erhöhten Bewertungsmaßnahmen des Vorjahres eine positive Entwicklung verzeichnen und einen positiven Ergebnisbeitrag erzielen.

Aufgrund negativer Entwicklungen verzeichneten wir zusätzliche Bewertungserfordernisse im Beteiligungsbereich.

Das außerordentliche Ergebnis ist auch 2012 das Resultat von mehrjährig zu berücksichtigenden Umstellungseffekten im Zusammenhang mit den erstmals 2010 anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes.

Der gewinnabhängige Steueraufwand belief sich auf 6,4 Mio. €.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 15,9 Mio. € auf 37,8 Mio. €. Davon sollen 0,6 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet werden sowie 37,2 Mio. € zur weiteren Eigenkapitalstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern erhöhte sich auf 7,6 % (Vorjahr: 4,8 %).

GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Vor dem Hintergrund der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, des hohen Wettbewerbsdrucks und der gestiegenen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, welche die Kreditinstitute auch 2012 vor besondere Herausforderungen stellte, ist die wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im vergangenen Geschäftsjahr sehr er-

freulich. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse Bremen über eine zufriedenstellende Ertragskraft. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse Bremen für Ihre Kunden auch weiterhin ein leistungsstarker Partner in allen Finanzangelegenheiten sein wird.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt daher grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es muss auf der einen Seite für die Übernahme der Risiken ausreichendes Risikodeckungskapital vorhanden und auf der anderen Seite ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Gerade bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine solche aktive Risiko- und Portfoliosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den nachhaltigen

Erfolg und die Existenz des Unternehmens zu sichern.

Die Sparkasse Bremen verschafft sich im Rahmen der regelmäßigen Risikoinventur einen Überblick über ihre Risiken. Aktuell werden im Risikomanagement fünf Arten von wesentlichen Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit unterschieden. Hierzu zählen das Adressenausfallrisiko (inkl. Beteiligungsrisiko und Platzierungsrisiko), das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko und Credit Spread Risiko), das Liquiditätsrisiko, die operationellen Risiken sowie das Eigenkapitalrisiko. Risiken aus Ergebnisschwankungen, die durch Geschäftsvolumenänderungen oder Margenänderungen begründet sein können, werden als wesentliche Teilkomponente in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Der Gesamtbank- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen, der sich an den Erfordernissen des Geschäftsmodells orientiert, baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken und überprüft mindestens jährlich die Risikostrategie, die als Leitlinie für alle Unternehmensbereiche gilt und neben der aktuellen Risikosituation regelmäßig mit dem Aufsichtsrat erörtert wird.

Der Vorsitzende des Vorstandes verantwortet hierbei unter anderem federführend die strategische Planung und die Gesamtsteuerung. Das Risikocontrolling ist dem Überwachungsvorstand unterstellt.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen ihre maßgeblichen Organisationseinheiten beteiligt sind. Die Verantwortung für die strategischen Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Gesamtbanksteuerung. Die strategische Planung wird dazu in jährlichen Intervallen überprüft, vom Vorstand beschlossen und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben.

Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Ausschuss Gesamtbanksteuerung werden Planabweichungen in der operativen Planung frühzeitig und rechtzeitig identifiziert sowie mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Ausschuss Gesamtbanksteuerung die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimits vor. Grundlage für den Ausschuss Gesamtbanksteuerung sind dabei die Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Das integrierte Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch ausgelagerte Bereiche einbezogen sind. Mit dem Risikomanagementsystem werden die organisatorischen Anforderungen des § 25a KWG, wie beispielsweise die MaRisk, sowie weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen erfüllt.

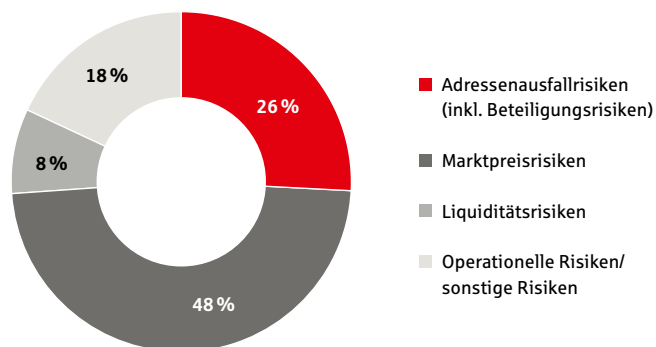
Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling bzw. die Einheit Kreditmanagement, die dem Überwachungsvorstand unterstehen. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten bzw. zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten erfolgt dabei neben dem täglichen Risikobericht ein monatliches Reporting über die Entwicklung aller Risiken im Gesamtvorstand bzw. in den zuständigen Ausschüssen, welches eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung ermöglicht sowie das dezentrale Risikomanagement in den Unternehmensbereichen unterstützt.

Kernelement der Risikoberichterstattung sind der monatliche

Risikobericht bzw. der quartalsweise Kreditrisikobericht, in denen die steuerungsrelevanten Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale, der Auslastung der Risiken, der Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikovorsorge zusammengefasst werden. Ferner betreibt die Sparkasse Bremen ein Frühwarnsystem für die Erkennung von Länderrisiken und Risiken mit Handelspartnern.

Die grundsätzliche Zielsetzung des Risikomanagementsystems ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Korrelationen darüber hinaus nicht berücksichtigt.

AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN PER 31.12.2012



Die regelmäßige Risikomessung wird um die laufende und einzelfallbezogene Analyse einzelner Stresstests, inverser Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken ergänzt, die eine bessere Einschätzung der denkbaren Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen und Marktstörungen für die Sparkasse Bremen ermöglichen. Mit Hilfe dieser Stresstests kann damit auf Gesamtbank- und Teilportfolioebene bereits frühzeitig die Notwendigkeit zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen ermittelt werden.

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, der Risiken und der Liquidität verfolgt die Sparkasse Bremen die permanente Weiterentwicklung und Verbesserung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Geld- und Kapitalmarktentwicklungen wurden neben der turnusmäßigen Überprüfung der Limite darüber hinaus ergänzende Analysen ausgewählter Portfolios und Positionen insbesondere im Hinblick auf Länderrisiken im europäischen Bereich durchgeführt, welche durch anlassbezogene Stresstests für unterschiedliche mögliche Entwicklungsszenarien im Euroraum ergänzt wurden. Darauf aufbauend wurden entsprechende Handlungsstrategien festgelegt.

Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch die Risikoinventur erkannt, durch ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem überwacht und durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2012 in beiden Steuerungskreisen zu jeder Zeit gegeben, was auch die Ergebnisse zu einzelnen Stresstests auf Gesamtbankenbene vollständig einschließt.

Das zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial ist darüber hinaus 2012 stabil geblieben.

Die Summe aller barwertigen Risiken lag im Jahresdurchschnitt deutlich unterhalb des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials und ist im Jahresverlauf angestiegen. Insbesondere im Rahmen der Zinsbuchsteuerung boten Veränderungen der Zinsstrukturen Chancen zur Ausweitung der Fristentransformation und führten damit, ausgehend vom Vorjahresminimum, zum Anstieg des Marktpreisrisikos. Die risikosteigernde Wirkung der Maßnahmen wurde zum Teil durch eine verbesserte Ermittlung von Risikofaktoren im Credit-Spread Risiko kompensiert. Die Anwendung neuer methodischer Verfahren zur Abbildung von Wertpapieren der Liquiditätsreserve führte zu einem Rückgang des Liquiditätsfristentransformationsrisikos, das unterjährig durch Verschiebungen zwischen Bilanzpositionen angestiegen war.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken aus Marktrisikopositionen überschritt per 31. Dezember 2012 mit einer Gesamtkennziffer von 10,2 % zudem deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

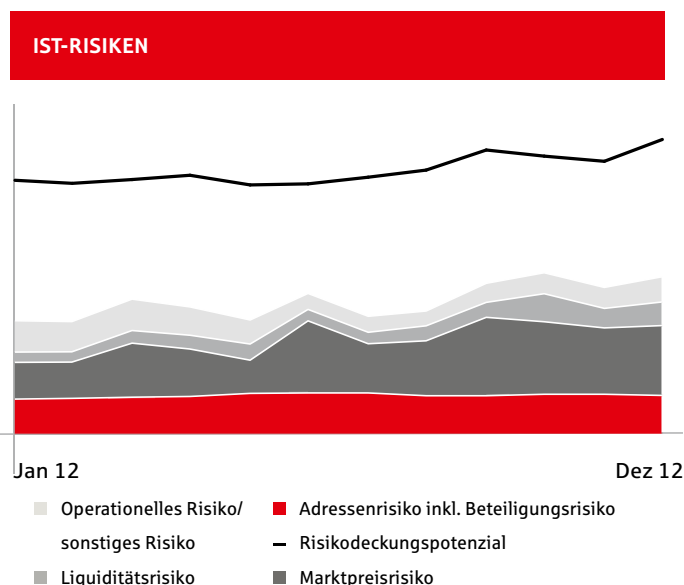
Solvabilitätskoeffizient	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Gesamtkennziffer	10,2 %	10,2 %	9,9 %

Die erwarteten künftigen Anforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Basel III sind erfüllbar. Dabei ist voraussichtlich eine punktuelle Neustrukturierung bestimmter Eigenmittelbestandteile erforderlich, um weiterhin deren aufsichtsrechtliche Anerkennung zu gewährleisten.

Die Umsetzungsarbeiten zur vierten Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurden von der Sparkasse Bremen unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Fristen begonnen, in Teilen bereits umgesetzt und das Risikomanagementsystem dafür entsprechend aktualisiert.

Zur Vorbereitung auf die absehbaren aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus Basel III, die im Wesentlichen auf eine Stärkung der Eigenkapitalausstattung und der Liquidität von Kreditinstituten abzielen, hat die Sparkasse Bremen die Ende 2011 aufgesetzten Projektaktivitäten im Berichtsjahr fortgeführt. Bis zum Jahresende 2012 wurden noch keine finalen Fassungen der neuen Richtlinien und Verordnungen veröffentlicht, damit verschiebt sich deren In-Kraft-Treten. Die Projektaktivitäten werden 2013 fortgeführt, um die Geschäftspolitik und das Risikomanagementsystem auf die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen auszurichten und die Anpassungen im Meldewesen sicher zu stellen.

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.



ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit gemäß § 19 Abs. 1 KWG aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value at Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von CreditPortfolioView (CPV) ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Die Übernahme und der Umgang von bzw. mit Adressenausfallrisiken sind in der Kreditrisikostategie mit ihren strategischen und geschäftspolitischen Zielsetzungen und Limitierungen geregelt. Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft sind in Organisationsrichtlinien festgelegt und in Form eines elektronischen Kredithandbuches zusammengefasst.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen erfolgt die Steuerung und Überwachung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement sowie im Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Die Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Primäre Adressaten des Berichtes sind neben der Geschäftsleitung und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung der Kreditausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrates.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen für Firmen- und Privatkunden sowie für Handelspartner unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden Verfahren der

Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Im standardisierten Privat- und Firmenkundengeschäft sowie im Individualgeschäft werden die Verfahren KundenScoring, KundenKompaktRating, StandardRating und ImmobiliengeschäftsRating eingesetzt. Für spezielle Kundensegmente im Firmenkunden- und Handelsgeschäft werden die Ratingmodule Banken, Corporates, Leasing, Projekt- und Schiffsfinanzierung eingesetzt. Ferner werden im Handelsgeschäft zusätzlich externe Ratings verwendet. Damit stehen für das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie für das Handelsgeschäft geeignete Instrumente zur Risikoklassifizierung zur Verfügung.

Die Entscheidungsbefugnisse bei einer Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft geregelt. So werden Kreditentscheidungen risikoabhängig stets auf adäquater Kompetenzebene sowie auf Grundlage von detaillierten Risikobeurteilungen des Marktes getroffen. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risikobewertung durch ein vom Markt unabhängiges Votum erforderlich. Nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Kreditausschusses.

Zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kredit- und Handelsgeschäft hat die Sparkasse Bremen Frühwarnsysteme im Einsatz, die mit Blick auf die Marktentwicklungen weiterentwickelt werden.

Für die Begleitung der durch das Risikofrüherkennungssystem identifizierten Kreditengagements (Intensivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftigen Kreditengagements (Sanierung) sowie für Problemkreditfälle (Abwicklung) werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement eingesetzt.

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Verantwortung hierfür liegt in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement.

Die Beteiligungsrisiken werden als besondere Ausprägung der Adressenausfallrisiken analog behandelt und mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichts wesens überwacht und gesteuert.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkursen und Fremdwährungen. Zusätzlich werden die Credit Spread Risiken als wesentliche Risikokomponente der Marktpreisrisiken quantifiziert und in den Risikomanagementprozess integriert.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird arbeitstäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value at Risk-Verfahren (VaR)

gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2012 unterhalb des vorgegebenen Risikolimits und ist im Jahresverlauf angestiegen. Die Risikoausweitung wurde im Laufe des Jahres maßgeblich durch die sukzessive Erhöhung der Fristentransformation herbeigeführt.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand und weitere wesentliche Portfolien täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im Rückblick auf 2012 den Schluss zu, dass das verwendete Modell sowie die entsprechenden Parameter angemessen sind.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Stresstests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir zum einen die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können. Zum anderen ist auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko gemeint. Dieses bezeichnet die Gefahr, dass aus der Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve aus der Liquiditätsfristentransformation innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ein Verlust entsteht.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wird darüber hinaus monatlich ein Liquidity at Risk berechnet, dem eine dispositive Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) gegenüber gestellt wird. Quartalsweise wird darüber hinaus die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert. Ergänzend dazu wird mit der monatlichen Liquiditätsübersicht eine Analyse bereitgestellt, in der die erwarteten voraussichtlichen Mittelzuflüsse den erwarteten voraussichtlichen Mittelabflüssen gegenübergestellt werden. Darüber hinaus erfüllt

Aufgrund seiner Bedeutung wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Dabei legt der Anlageausschuss die hausinterne Zinsprognose fest. Im Ausschuss Treasury werden sowohl die Spreads als auch Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite festgelegt.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine aktive Strategie. Dabei wird das Zinsbuch durch den Ausschuss Treasury entsprechend der aktuellen Zinsmeinung und innerhalb der gesetzten Limite ausgesteuert.

die bestehende Notfallplanung für eine effiziente Steuerung des Liquiditätsrisikos auch in schwierigen Marktsituationen die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig.

Zur Ergänzung der bereits bestehenden Notfallplanung wurde 2012 ein Frühwarnsystem für die tägliche Überwachung des Liquiditätsrisikos eingerichtet. Weiterhin fand im Rahmen des jährlich durchzuführenden inversen Stresstests im Berichtsjahr zum ersten Mal das Liquiditätsrisiko Berücksichtigung.

Zur weiteren Unterstützung des gesamten Liquiditätsmanagements wurden die im Vorjahr im Rahmen des jahresübergreifenden Einführungsverfahrens der Finanz Informatik GmbH & Co. KG begonnenen Umsetzungsaktivitäten im Zusammenhang mit der Komponente Liquiditätsrisikosteuerung als Ergänzung des etablierten Anwendungssystems »Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus« im Berichtsjahr fortgesetzt.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag 2012 regelmäßig über der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt unsere stabile Liquiditätssituation wider.

Liquiditätsverordnung	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Gesamtkennziffer	2,21	1,54	1,29

Die Entwicklung der Gesamtkennziffer erfolgte planmäßig, da 2012 aufgrund der verbesserten Steuerungsinstrumente ein betriebswirtschaftlich optimiertes Management der Liquidität verfolgt wurde.

Gemäß der Refinanzierungsstrategie bedient sich die Sparkasse Bremen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos primär der Instrumente des Geldmarktes, der Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie Pfandbriefen.

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt werden soll. Darüber hinaus verwendet die Sparkasse Bremen zur rechtzeitigen Identifikation operationeller Risiken ein indikatorbasiertes Frühwarnsystem. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und dv-technischen Funktionen existiert darüber hinaus ein zentrales Leistungsmanagement und regelmäßiges Risikomonitoring innerhalb der Einheit Organisation und Informationstechnologie, in das alle wesentlichen Auslagerungen integriert sind und das im Sinne einer modernen Dienstleistersteuerung fortwährend weiterentwickelt wird. Im Berichtsjahr wurde das Leistungsmanagement umfassend überarbeitet und die Funktion der zentralen Dienstleistersteuerung geschaffen. Es erfolgt eine vierteljährliche Risikoanalyse über die wesentlichen Auslagerungen, die im Rahmen des turnusmäßigen Beteiligungscontrollings durchgeführt wird. Darüber hinaus wurden die wichtigsten Dienstleister in der Risikoinventur und im Frühwarnsystem integriert.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien sowie qualitativer Fragen.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen 2012, wie auch schon in den Vorjahren, signifikant unterhalb des zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit nach dem Basisindikatoransatz berechneten Betrages. Die Gesamtsumme der Schadenfälle ist gegenüber dem Vorjahr primär aufgrund eines einzelnen Schadenfalles stark angestiegen. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen waren als Ergebnis der Risikoinventur auch 2012 keine den Bestand gefährdenden operationellen Risiken für die Sparkasse Bremen und ihre nach geordneten Unternehmen erkennbar. Im Rahmen der Projektaktivitäten zu Basel III wurde die Einführung des fortgeschrittenen Messansatzes für die Berechnung

EIGENKAPITALRISIKO

Unter dem Eigenkapitalrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung nicht sichern zu können.

Die Steuerung der regulatorischen und ökonomischen Kapitalausstattung orientiert sich an internen Zielwerten. Hierzu werden Veränderungen der aufsichtsrechtlichen sowie internen Anforderungen analysiert und gegebenenfalls erforderliche

der operationellen Risiken (Advanced Measurement Approach) geprüft.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse Bremen bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicher zu stellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse Bremen und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen. Somit sollen die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sichergestellt und das Ausmaß möglicher Schäden begrenzt werden. Im Jahr 2012 wurde im Rahmen des Projektes »Sicherer IT-Betrieb« die IT- und Informationssicherheit weiter verbessert.

Die durchgeführten Notfalltests sowie die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien definieren den hohen Anspruch und die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer.

Seit Ende 2012 wird die zentrale Stelle für Betrugsprävention im Rahmen der Umsetzung der Anforderungen aus § 25c KWG durch das zentrale OpRisk-Controlling unterstützt.

Wesentliche ausgelagerte Prozesse der Marktfolgebereiche im Aktiv- und Passivgeschäft sowie des Bereichs Finanzen und Controlling werden ab 1. Juli 2013 durch andere Dienstleister erbracht bzw. durch die Sparkasse Bremen reintegriert. In diesem Zusammenhang hat die Sparkasse Bremen im Berichtsjahr ein entsprechendes Projekt initiiert und eine Risikobewertung vorgenommen.

Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess verankert bzw. umgesetzt.

Dieser Prozess mündet in eine Kapitalbedarfsplanung für das benötigte regulatorische und ökonomische Kapital. Die Deckung des sich hieraus ergebenden Bedarfs sowie die Durchführung von erforderlichen Emissionsmaßnahmen werden über den Ausschuss Treasury der Sparkasse Bremen koordiniert.

PROGNOSEBERICHT

Im Folgenden berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im laufenden und folgenden Geschäftsjahr. Unsere Prognose beruht auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse – insbesondere in Zeiten höchst volatiler Rahmenbedingungen – mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Für 2013 und auch für 2014 erwarten wir grundsätzlich schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen infolge der Auswirkungen der anhaltenden europäischen Staatsschuldenkrise. Insbesondere für 2013 sind die Zeichen dabei jedoch ungewiss. Möglicherweise gilt es wie vor Jahresfrist, lediglich eine Zwischenschwäche zu überwinden. Sollte sich die Verunsicherung durch eine allmähliche Entspannung der Krisenwahrnehmung legen, wäre ein Aufhol- und Nachholprozess denkbar. Die Prognosen verschiedener Institutionen lagen mit einem für 2013 erwarteten Wachstum von 0,8 bis 1,0 % dicht beieinander, bis die Bundesregierung ihre Prognose auf 0,4 % senkte.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes gehen wir aktivseitig in den Folgejahren von weiterem Wachstum des Kundengeschäftsvolumens, sowohl im Projekt- und Kontraktgeschäft mit Firmenkunden als auch im Wohnungsbaugeschäft mit Privatkunden aus. Grundsätzlich werden wir das Kreditgeschäft unter Risikogesichtspunkten wie in der Vergangenheit weiterhin streng kontrollieren, um eine effektive Steuerung und Überwachung unseres Bewertungsergebnisses zu gewährleisten. Die Konzentration auf bessere Bonitäten wird zu geringeren Bruttomargen führen. Wir gehen daher trotz niedrigem Zinsniveau von einer Stagnation bzw. leichten Ausweitung der Aktivmargen aus.

Für den Passivbereich erwarten wir einen anhaltend hohen Wettbewerbsdruck im Einlagengeschäft, sehen aber weiter Chancen für einen Ausbau der Geschäftstätigkeit und erwarten ein Wachstum des Kundengeschäftsvolumens – insbesondere auch im Anlage- und Liquiditätsmanagement mit vermögenden Privat- und Firmenkunden. Das prognostizierte anhaltend niedrige Zinsniveau wird sich jedoch weiterhin grundsätzlich negativ auf die Passivmargen auswirken.

Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus gehen wir ertragsseitig trotz des Ausbaus der Bestände im Firmen- und Privatkundengeschäft für das laufende und das folgende Jahr lediglich von einer nahezu konstanten Entwicklung unseres Zinsergebnisses aus.

Beim Provisionsüberschuss erwarten wir für die Folgejahre steigende Ergebnisbeiträge. Neben dem Bauspar- und Versicherungsgeschäft sehen wir hier insbesondere das Wertpapiergeschäft aufgrund der Einführung einer eigenen Vermögensverwaltung sowie das Aktivgeschäft mit Firmenkunden als wesentliche Treiber.

Über diese erwarteten Entwicklungen hinaus entstehen mögliche zusätzliche Chancen, sofern sich insbesondere die im Rahmen unserer Strategieprozesse festgelegten Maßnahmen zur sukzessiven und nachhaltigen Ergebnisverbesserung sowie die vorgesehenen Kosten- und Prozessoptimierungen besser als erwartet auswirken. Zusätzliche Risiken können grundsätzlich dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellen wir jedoch eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Wir stabilisieren dadurch die Aussagekraft unserer prognostizierten Daten.

Beim Verwaltungsaufwand gehen wir für die beiden Folgejahre von einem rückläufigen Trend aus. Dabei erwarten wir einen grundsätzlich zunehmenden Personalaufwand. Ursächlich hierfür sind insbesondere prognostizierte Tarifsteigerungen im Bereich der Lohn-, Gehalts- und Versorgungsleistungen. Beim Sachaufwand gehen wir dagegen für die Folgejahre grundsätzlich von einer anhaltend rückläufigen Entwicklung aus. Hier erwarten wir weiter positive Effekte durch unsere fortlaufenden Kosten- und Prozessoptimierungen sowie durch vorgesehene Neustrukturierungen in der Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern.

Wir erwarten eine stetige Verbesserung der Cost-Income-Ratio.

Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft erwarten wir für die beiden Folgejahre positive Effekte aufgrund nachhaltiger struktureller Optimierungen im Kreditportfolio und insbesondere aufgrund der weiterhin angestrebten Konzentration auf gute Bonitäten im Firmenkundengeschäft. Aufgrund möglicher zusätzlicher Belastungen im Schiffsfinanzierungsbereich können wir jedoch Risikovorsorgebeträge über Vorjahresniveau nicht ausschließen.

Aus dem Bewertungsergebnis im Wertpapierbereich sind nach unserer Einschätzung im laufenden und im folgenden Jahr keine nennenswerten Belastungen zu erwarten. Wir gehen daher vor dem Hintergrund einer auf die Zins- und Marktentwicklung abgestellten Anlagepolitik von tendenziell ausgeglichenen Bewertungsergebnissen in diesem Bereich aus. Die Sparkasse Bremen wird auch weiterhin bei ihren Direkt- und Spezialfondsanlagen grundsätzlich auf eine ausgewogene Risikostruktur achten.

Beim Gesamtergebnis erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen und der erwarteten makroökonomischen Rahmenbedingungen für das laufende Jahr ein rückläufiges Jahresergebnis. Für 2014 gehen wir von einem wieder steigenden Jahresergebnis aus. Die Eigenkapitalrentabilität wird sich in den Folgejahren stabil entwickeln.

SCHLUSSEKTLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2012 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft

vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.«

Bremen, im März 2013
Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

JAHRESABSCHLUSS

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			67.405.151,53		39.612
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			<u>79.376.327,57</u>		164.989
				146.781.479,10	204.601
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		-
b) Wechsel			<u>--</u>		-
				--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			144.173.511,14		269.900
b) andere Forderungen			<u>436.144.496,96</u>		927.241
				580.318.008,10	1.197.141
4. Forderungen an Kunden					
<i>darunter:</i>					
<i>durch Grundpfandrechte gesichert</i>	3.307.680.552,11				3.293.756
<i>Kommalkredite</i>	147.270.783,82				142.109
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		--			-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
ab) von anderen Emittenten		<u>--</u>	--		-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		537.316.124,25			17.895
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	537.316.124,25				17.895
bb) von anderen Emittenten		<u>430.960.092,53</u>	968.276.216,78		391.206
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	396.038.600,35				322.993
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>--</u>		-
<i>Nennbetrag</i>	--				-
				968.276.216,78	409.101
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
					791.974.869,41
6a. Handelsbestand					11.440
7. Beteiligungen					138.781
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	1.028,19				1
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	3.929.833,63				3.337
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					97.953
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	12.887.455,46				12.914
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
9. Treuhandvermögen					18.458
<i>darunter:</i>					
<i>Treuhandkredite</i>	10.943.994,99				17.693
10. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			--		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			424.483,52		867
c) Geschäfts- oder Firmenwert			--		-
d) geleistete Anzahlungen			<u>--</u>		-
				424.483,52	867
11. Sachanlagen					86.502
12. Sonstige Vermögensgegenstände					35.091
13. Rechnungsabgrenzungsposten					3.856
Summe der Aktiva				10.832.358.994,67	10.538.165

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			161.010.628,03		109.273
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.407.238.565,94</u>		2.513.149
			2.568.249.193,97		2.622.422
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.832.395.945,93				2.655.928
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>151.663.584,95</u>	2.984.059.530,88			228.336
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	3.001.066.426,04				2.650.149
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>934.616.623,39</u>	<u>3.935.683.049,43</u>			973.473
			6.919.742.580,31		6.507.886
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			139.518.078,26		257.992
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>---</u>		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	<u>---</u>				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>---</u>				-
			139.518.078,26		257.992
3a. Handelsbestand					
					<u>---</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten					11.709.015,47
darunter:					
Treuhandkredite	10.943.994,99				17.693
5. Sonstige Verbindlichkeiten					29.357.588,24
6. Rechnungsabgrenzungsposten					4.506.848,30
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			267.076.574,00		255.853
b) Steuerrückstellungen			3.408.786,19		992
c) andere Rückstellungen			<u>41.401.808,29</u>		39.039
			311.887.168,48		295.884
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					164.308.462,67
9. Genusrechtskapital					22.000.000,00
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>---</u>				35.000
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken					40.000.000,00
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital	370.000.000,00				370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00			53.000
b) Kapitalrücklage		47.041.959,68			47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	<u>---</u>				-
cb) Rücklage für eigene Anteile	<u>---</u>				-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	<u>---</u>				-
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>132.110.773,19</u>	132.110.773,19			102.746
d) Bilanzgewinn		<u>18.927.326,10</u>			11.020
			621.080.058,97		583.808
Summe der Passiva			10.832.358.994,67		10.538.165
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			<u>---</u>		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		460.655.868,66			467.768
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>---</u>			-
			460.655.868,66		467.768
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			<u>---</u>		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			<u>---</u>		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		386.587.146,25			354.396
			386.587.146,25		354.396

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2012

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	379.767.313,82				413.337
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>11.198.075,68</u>	390.965.389,50			18.322
2. Zinsaufwendungen		<u>192.856.361,65</u>		+ 198.109.027,85	+ 235.348
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		23.631.320,06			6.952
b) Beteiligungen		3.292.202,04			2.158
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>1.294.563,20</u>			975
				28.218.085,30	10.085
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				5.541.692,20	7.064
5. Provisionserträge		61.629.309,61			61.004
6. Provisionsaufwendungen		<u>4.695.023,00</u>			5.160
				+ 56.934.286,61	+ 55.844
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands					- 10.101
8. Sonstige betriebliche Erträge				23.122.024,65	20.804
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	77.422.773,87				74.417
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	<u>19.380.516,52</u>	96.803.290,39			18.143
	7.105.434,88				6.270
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>88.186.285,91</u>			88.538
				184.989.576,30	181.098
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				7.154.945,68	8.466
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen				32.089.558,78	25.925
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			--		34.430
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>19.189.188,68</u>			-
				+ 19.189.188,68	- 34.430
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		10.302.051,56			35.106
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		--		- 10.302.051,56	- 35.106
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme				3.569.044,97	1.498
17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				- 40.000.000,00	-
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+ 49.644.577,26	+ 32.521
19. Außerordentliche Erträge		--			-
20. Außerordentliche Aufwendungen		<u>5.064.603,00</u>			5.065
21. Außerordentliches Ergebnis				- 5.064.603,00	5.065
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		6.390.033,81			5.139
23. Sonstige Steuern		<u>362.614,35</u>			397
				6.752.648,16	5.536
24. Jahresüberschuss				37.827.326,10	21.920
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				--	-
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				--	-
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			--		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			--		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			--		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			--	--	-
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			--		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			--		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			--		-
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>18.900.000,00</u>			10.900
				18.900.000,00	10.900
29. Bilanzgewinn				18.927.326,10	11.020

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgte nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Bei unverzinslichen und minderverzinslichen Forderungen wurde eine Abzinsung mit einem durchschnittlichen Refinanzierungssatz vorgenommen. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die nach eingehender Prüfung der Sparkasse nicht der dauernden Wertminderung unterliegen, wurden teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dieses gilt für Wertpapiere, bei denen die Rückzahlung zum Nennwert vereinbart ist und deren Börsen- oder Marktpreis zum Abschlussstichtag unter dem Buchwert lag oder deren Buchwert unter dem Rücknahmepreis lag. Wie im Vorjahr wurden bei der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips für festverzinsliche Wertpapiere die über den Börsen- oder Marktpreisen liegenden Rücknahmepreise als Wertobergrenze herangezogen.

Mit gleicher Methodik wurde im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise bei Investmentanteilen teilweise nicht auf niedrigere Rücknahmepreise abgeschrieben, soweit diese auf nicht dauernde Wertminderungen der enthaltenen Anlagen zurückzuführen sind.

Alle weiteren Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

— HANDELSBESTAND

Zum Jahresende hatten wir keine Handelsposition im Bestand. Grundsätzlich werden die Finanzinstrumente des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) bewertet. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten »Handelsbestand« (Aktiv oder Passiv) in Abzug gebracht.

Innerhalb des Geschäftsjahres hat die Sparkasse Bremen die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Für die zu berücksichtigenden Risikoabschläge nutzt die Sparkasse Bremen die für die interne Risikosteuerung ermittelten Value-at-Risk-Abschläge. Hierbei wurde eine Haltedauer von 10 Handelstagen, ein Beobachtungszeitraum von 250 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,9 % angenommen.

Die Sparkasse Bremen weist ihre laufenden und abzugrenzenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsbeständen nicht im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes, sondern in den korrespondierenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung aus, da dieses der internen Steuerung entspricht.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet.

Im Rahmen der Ausübung von Wahlrechten aus der erstmaligen Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts wurde ein geringer Teil des Sachanlagevermögens, soweit es bis 2009 zugegangen ist, weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben.

In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 legte die Sparkasse Bremen für die geringwertigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nach Neuregelung zulässigerweise die steuerlichen Vorschriften nach § 6 Abs. 2 und 2a EStG zugrunde (Bildung jahrebezogener Sammelposten mit gleichmäßiger erfolgswirksamer Auflösung über 5 Jahre). Seit dem Geschäftsjahr 2010 wurden die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von 410,00 EUR (ohne Vorsteuer) aufgrund ihrer unwesentlichen Bedeutung für die Sparkasse Bremen im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— EIGENE INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Die auf Kundenwunsch vorzeitig zurück erworbenen Inhaberschuldverschreibungen, die bisher unter Posten 6a Handelsbestand ausgewiesen wurden, wurden von den entsprechenden passiven Bilanzposten abgesetzt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

— RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen. Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichte fristenkongruente Zinssatz zugrunde gelegt.

Aus der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergab sich per 31.12.2012 eine Überdotierung bei einigen Rückstellungen i.H.v. insgesamt 0,1 Mio. €. Da diese Überdotierungen voraussichtlich bis spätestens zum 31.12.2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde auf entsprechende Rückstellungsminderungen verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Sie wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Abzinsungssatz beträgt 5,05 %. Darüber hinaus wurde eine Gehaltssteigerung von 2,5 %, eine Rentensteigerung von 1,5 % und eine Steigerung der sozialversicherungsrechtlichen Bemessungsgröße von 1,3 % p.a. zugrunde gelegt.

In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen ergebende Zuführungsbetrag bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel angesammelt. Zum 31.12.2012 beträgt der noch zuzuführende Betrag 60,6 Mio. €.

— WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt nach

den Vorschriften des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB und IDW RS BFA 4.

Der Großteil der Bilanzbestände in Fremdwährung sowie nahezu sämtliche nicht abgewickelten Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte, die vollständig nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die Währungsumrechnung der übrigen Bilanzbestände und Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften des § 256a HGB.

Die aus der Umrechnung ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung in den sonstigen betrieblichen Erträgen (Posten 8) bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Posten 11) erfasst.

— BEWERTUNGSEINHEITEN

Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Abschlussstichtag und während der Laufzeit des Grundgeschäfts vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match). Derivative Kundengeschäfte sowie die mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten abgeschlossenen gegenläufigen Sicherungsgeschäfte werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst.

Als Grundgeschäfte werden schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 300,5 Mio. € in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte Mikro-Bewertungseinheiten. Diese Geschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsrisiken abgesichert.

— VERLUSTFREIE BEWERTUNG DER ZINSBEZOGENEN GESCHÄFTE DES BANKBUCHS (ZINSBUCH)

Die Werthaltigkeit des Bankbuchs wurde gemäß IDW RS BFA 3 anhand einer barwertigen Betrachtung ermittelt. Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Verwaltungs- und Risikokosten vorgenommen worden. Als Zinsstrukturkurve wurden produktspezifische Renditekurven zugrunde gelegt. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht und die Bildung einer Rückstellung war nicht erforderlich.

— DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RS HFA 22 und IDW RS BFA 1 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

— AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	170.533
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	227.424
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.577
– mehr als fünf Jahre	297

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 5.634)	4.464
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 174)	147
– Forderungen an die eigene Girozentrale	2.026
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	893.772
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	500.305
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	450.921
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.890.926
– mehr als fünf Jahre	4.244.457

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 23.095)	41.227
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 168.750)	115.077
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 6.058)	5.608
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.058)	608
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

55.084

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	948.928
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	19.348
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 331.017)	252.140
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 111.140)	36.222
– Zeitwert dieser Wertpapiere	35.602
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: 5.456)	5.456

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	49.665
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	99.164
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 497.803)	791.975
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 269.243)	174.449
– Zeitwert dieser Wertpapiere	168.438
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	414.496

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften vollständig thesauriert.

Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10%:

Fonds	Buchwert 31.12.2012	Marktwert 31.12.2012	Unter- scheid- betrag	Ausschüttung 2012	Tägliche Rückgabe möglich	Anwendung NWP
Aktienfonds						
BremenKapital Aktien	7.995	7.995	–	–	Ja	Ja
IP Weser-Opportunity	18.581	18.581	–	65	Ja	Ja
Mischfonds						
Bremen Individualdepot	10.035	10.206	-171	–	Ja	Ja
BremenKapital Dynamik	9.994	9.994	–	–	Ja	Ja
BremenKapital Ertrag	9.996	9.996	–	–	Ja	Ja
BremenKapital Ertrag Plus	9.996	9.996	–	–	Ja	Ja
BremenKapital Wachstum	9.996	9.996	–	–	Ja	Ja
BremenKapital Zertifikate	7.995	7.995	–	–	Ja	Ja
HI Bremen 3	174.449	168.438	6.011	3.288	Ja	Nein ¹
HI Bremen 7	75.662	75.662	–	3.842	Ja	Ja
HI Bremen 9	98.302	98.302	–	5.620	Ja	Ja
HI Bremen 10	66.084	69.979	-3.895	1.500	Ja	Ja
IP Weser-Multi-Strategy	18.063	18.063	–	385	Ja	Ja
IP Opti Flex 2009	5.000	5.236	-236	–	Ja	Ja
Lupus alpha Commodity Inv.	10.052	10.198	-146	88	Ja	Ja
– davon im HI Bremen 9	10.052	10.198	-146	88	Ja	Ja
Rentenfonds						
BremenKapital Renten Off.	3.998	3.998	–	–	Ja	Ja
DB Advisors Invest Gl. Corp.HYI	6.570	6.570	–	–	Ja	Ja
Fisch CB Hybrid Intern. Fund	19.493	20.393	-900	–	Ja	Ja
– davon im HI Bremen 9	9.537	9.818	-281	–	Ja	Ja
Lupus alpha LS Dur. Corp. Invest	29.160	29.160	–	1.025	Ja	Ja

¹ Zur Anwendung des Niederstwertprinzips verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bei den Wertpapieren.

zu 6a. Handelsbestand

Der Posten 6a ist wie folgt aufzugliedern:

– Derivative Finanzinstrumente	–
– Forderungen	–
– Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–
– Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–
– Sonstige Vermögensgegenstände	–
– Zwischensumme	–
– Risikoabschlag	–
– Gesamt	–

zu 7. Beteiligungen

Im Posten 7 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

– Forderungen an Kunden	10.944
– Sonstige Vermögensgegenstände	765

zu 10. und 11. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	15.486	247.516
Zugänge	314	1.337
Abgänge	73	2.129
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>15.303</u>	<u>165.516</u>
Bilanzwerte am Jahresende	424	81.208
Abschreibungen im Geschäftsjahr	756	6.399

Im Posten 11 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	49.505
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.723
– Sammelposten für geringwertige Vermögensgegenstände	51

zu 12. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 12 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 87)	83
--	----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen	7.367
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)	8.500
– gezahlte Optionsprämien	3.529

zu 13. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 13 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 572)	376
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 1.248)	1.205

– PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	263.980
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	82.075
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.004.292
– mehr als fünf Jahre	992.004

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 9.718)	7.517
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 37.641)	5.983
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	14.252

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 1.184,1 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	49.968
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	67.907
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	30.936
– mehr als fünf Jahre	2.853

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	216.683
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	204.499
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	266.836
– mehr als fünf Jahre	232.625

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 39.705)	38.545
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 22.996)	19.557

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 65.749

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.655)	1.352
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.744)	15.400

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.944
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	765

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	5.464
– erhaltene Optionsprämien	3.588
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.024
– von unseren Kunden einbehaltene Kapitalertragsteuer	4.745

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 10,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen
enthalten (Vorjahr: 4.677):

4.015

zu 8. Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Posten 8 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.021)

1.021

– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 214)

214

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind
in 2012 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen:

7.602

Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und
Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von
2013 bis 2022. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in
Kapital oder eine andere Schuldf orm ist nicht vorgesehen.

zu 9. Genussrechtskapital

Der Bestand betrifft 3 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2012 wurden
keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 10. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Zusammenhang mit der Umwandlung von stillen Vorsorgereserven wurde im
Geschäftsjahr 2012 erstmals der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß
§ 340g HGB in Höhe von 40 Mio. € dotiert.

zu 11. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose
Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse
in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehören eine Stille Einlage in Höhe
von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 5 Jahren und 6 Monaten sowie eine Stille
Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 4 Jahren.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 23.05.2012 wurde der Bilanzgewinn 2011
in Höhe von 10,5 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2012 von insgesamt
18,9 Mio. € 18,3 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 0,6 Mio. € an die
Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten.

zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)

Die Eventualverbindlichkeiten unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-,
-entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die Genehmigung der Kreditvergabe und
-überwachung ist an die Höhe des einzelnen Risikos gekoppelt. In Abhängigkeit von
Volumen und Bonität der Kreditnehmer sind entsprechende Kreditkompetenzen definiert,
so dass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen
werden. Die zugunsten der Kreditnehmer eingegangenen Verpflichtungen aus Eventual-
verbindlichkeiten gegenüber Dritte sind nicht zu passivieren, da die zugrundeliegende
Verbindlichkeit durch die Kreditnehmer aller Voraussicht nach erfüllt werden können und
daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

zu Andere Verpflichtungen (Nr. 2 unter dem Strich)

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die teilvalutiert und
noch nicht vollständig ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen
organisatorisch geregelten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen.
Wesentliche Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

— FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 337,3 Mio. € respektive 339,7 Mio. €.

— LATENTE STEUERN

Passive latente Steuern aufgrund zu versteuernder temporärer Differenzen resultieren im Wesentlichen aus dem unterschiedlichen Ausweis von Beteiligungen an Personengesellschaften in Handels- und Steuerbilanz. Diese werden mit aktiven latenten Steuern aufgrund abzugsfähiger temporärer Differenzen aus unterschiedlichen Ansätzen von Forderungen, Wertpapieren und Rückstellungen in Handels- und Steuerbilanz kompensiert. Der insgesamt sich ergebende Überhang aktiver Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

— SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 6,0 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 37,9 Mio. €.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse Bremen für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse Bremen freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse Bremen für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einer Tochtergesellschaft zu ermöglichen, etwaige Ausgleichzahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse Bremen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Bremen Mehrheitsgesellschafterin der Tochtergesellschaft ist.

— ANHANGANGABEN GEMÄSS

§ 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

—TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Bei den Geschäften mit sonstigen Risiken handelt es sich um Kreditderivate sowie um strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten der Emittentinnen.

Restlaufzeit	NOMINALWERTE			Gesamt Mio. €	davon Handelsbestand Mio. €	MARKTWERTE		
	bis 1 Jahr einschl. Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €			positiv Mio. €	negativ Mio. €	
Zinsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte	222,9	2.185,2	2.854,8	5.262,9	0,0	102,6	343,4	
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–	
Währungsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte	670,2	63,6	34,4	768,2	0,0	9,1	7,3	
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–	
Geschäfte mit sonstigen Risiken								
OTC-Produkte	89,5	9,8	–	99,3	0,0	99,8	–	
Börsengeschäfte	–	–	5,4	5,4	0,0	4,8	–	
Gesamt				6.135,8	0,0			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps/Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinnten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Kreditderivate

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eingegangene Sicherungsgeberpositionen, die als Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden.

Strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten

Die von der Sparkasse erworbenen strukturierten Produkte mit Kündigungsrechten werden nach den allgemeinen Bewertungsgrundsätzen behandelt.

— PFANDBRIEFE

Die Sparkasse Bremen AG ist eine Pfandbriefbank. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

	2012	2011
	in Mio. €	in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1		
Hypothekendarlehen		
Nennwert	180,1	150,1
Barwert	217,3	173,5
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	174,4	137,6
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	251,4	219,2
Deckungsmasse		
Nennwert	473,3	333,4
Barwert	561,6	381,2
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	496,0	335,4
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	595,2	425,5
Überdeckung		
Nennwert	293,2	183,3
Barwert	344,3	207,7
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	321,6	197,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	343,8	206,3
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2		
Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehens		
bis zu 1 Jahr	0,0	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,0	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,0	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,0	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	93,0	63,0
ab 10 Jahren	87,1	87,1
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse		
bis zu 1 Jahr	28,0	15,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	47,5	21,4
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	32,4	36,7
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	29,8	25,1
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	70,4	16,8
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	222,0	172,6
ab 10 Jahren	43,2	45,8
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3		
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.		
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4		
In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG enthalten:		
davon in Deckungswerten gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG	10,0	10,0
	10,0	10,0
¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV		

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 1. a.) Zinserträge

In diesem Posten sind rd. 5 % periodenfremde Erträge enthalten. Diese entfallen rd. zur Hälfte auf Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches.

zu 2. Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 30 T€ enthalten.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 4.557 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 5.357 T€ Verwaltungskostenerstattungen und 3.730 T€ Zinserträge aus Steuererstattungen enthalten.

Es wurden Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 1.141 T€ erfasst.

zu 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 21.446 T€ sowie Aufwendungen aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 3 T€ enthalten.

zu 21. Außerordentliches Ergebnis

In diesem Posten sind ausschließlich Aufwendungen aus der Umstellung auf die Vorschriften des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts enthalten.

	2012		2011	
	in Mio. €		in Mio. €	
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1				
a.) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen Kreditdeckung				
– bis zu 300 T€	379,2		291,1	
– über 300 T€ bis zu 5 Mio. €	65,0		26,0	
– mehr als 5 Mio. €	19,1		6,3	
Sichernde Überdeckung				
– bis zu 300 T€	0,0		0,0	
– über 300 T€ bis zu 5 Mio. €	0,0		0,0	
– mehr als 5 Mio. €	10,0		10,0	
b.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen ¹⁾ Bundesrepublik Deutschland	463,3		323,4	
c.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart ¹⁾				
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	2012	2011	2012	2011
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Wohnungen	64,5	49,2		
Einfamilienhäuser	247,7	192,6		
Mehrfamilienhäuser	81,2	45,8		
Bürogebäude			5,9	5,9
Handelsgebäude			2,3	0,0
Industriegebäude			24,1	8,6
sonstige gewerblich genutzte Gebäude			37,6	21,3
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten			0,0	0,0
Bauplätze			0,0	0,0
	2012		2011	
	in Mio. €		in Mio. €	
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2				
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen ¹⁾	0,0		0,0	
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	2012	2011	2012	2011
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3				
a.) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2012	0	0	0	0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr	0	0	0	0
b.) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr	0	0	0	0
	2012	2011	2012	2011
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
c.) Rückständige Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital Ende 2012 in %	Eigenkapital 2011 in T€	Ergebnis 2011 in T€³
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	48.964	5.271
LBS Landesbausparkasse Bremen AG, Bremen	25,0	36.443	1.728
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	30.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	6.020	60
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	144 ²	-4 ²
s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	125 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2012

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	10,7
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	8,0
neue leben Holding AG, Hamburg	7,8
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	7,0

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,8 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,2 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Björn Drenkwitz (ab 23.05.2012)

Alexander Künzel

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte

Dipl.-Kffr. Janina Marahrens-Hashagen

Heiko Oerter

Hans-Joachim Schur (bis 23.05.2012)

Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der NordCap GmbH & Co. KG

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Geschäftsführende Gesellschafterin der

H. Marahrens-Schilderwerk, Siebdruckerei, Stempel GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum
Bilanzstichtag mit 1,2 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2012 für
Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates
0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum
Bilanzstichtag mit 0,4 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,1 Mio. € vergütet, davon 1,5 Mio. € fixe
Bezüge und 0,6 Mio. € variable Bezüge. An ehemalige Mitglieder des Vorstandes
bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,5 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis be-
stehen Pensionsverpflichtungen von 17,8 Mio. €. In Ausübung des Wahlrechts nach
Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird davon ein Betrag von 2,8 Mio. € bis spätestens zum
31.12.2024 angesammelt.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Bremen Mandate wahr:

— DR. TIM NESEMANN

BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT

– Aktiengesellschaft von 1877 –

DEUTSCHE FACTORING BANK

Deutsche Factoring GmbH & Co.

Freie Internationale Sparkasse S.A.

GEWOBA Aktiengesellschaft

Wohnen und Bauen

NRS Norddeutsche Retail-Service AG

AR

AR

AR, Vorsitzender

AR

AR

— THOMAS FÜRST

Bremer Toto-Lotto GmbH

Diakonische Behindertenhilfe
gemeinnützige GmbH

Freie Internationale Sparkasse S.A.

LBS Landesbausparkasse Bremen AG

neue leben Holding AG

neue leben Pensionskasse AG

neue leben Pensionsverwaltung AG

neue leben Unfallversicherung AG

Sparkassen Kreditpartner GmbH

AR

AR, Vorsitzender

AR

AR, stv. Vorsitzender

AR

AR

AR

AR

AR

— JOACHIM DÖPP

Öffentliche Versicherung Bremen

AR, stv. Mitglied

— DR. HEIKO STAROBOM

BREBAU GmbH

Öffentliche Versicherung Bremen

AR, stv. Vorsitzender

AR

— HOLM DIEZ

LBS Landesbausparkasse Bremen AG

AR

— THORSTEN ROTH

Freie Internationale Sparkasse S.A.

AR

— BERNHARD RUSCHKE

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte 941 ¹

Teilzeit- und Ultimokräfte 474 ¹

1.415

Auszubildende 88

Insgesamt 1.503

¹ davon gewerbliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte 0

– Teilzeit- und Ultimokräfte 55

Bremen, 13. März 2013

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Dr. Nesemann

Döpp

Fürst

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 22. April 2013

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Prinz
Wirtschaftsprüfer

Jacobs
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Der Aufsichtsrat trat 2012 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus wurde er mittels Quartalsberichten zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2012 durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kreditausschuss gebildet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr zweimal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2011, den Corporate Governance Bericht 2011 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2012 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen.

Der Kreditausschuss trat 2012 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und / oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostategie der Sparkasse Bremen und die regelmäßigen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 23. Mai 2012 schieden die Arbeitnehmervertreter, die Herren Heiko Oerter, Hans-Joachim Schur und Volker Stange, turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aus. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählten die Herren Heiko Oerter und Volker Stange für eine weitere Mandatsperiode sowie Herrn Björn Drenkwitz neu in den Aufsichtsrat. Wir danken Herrn Schur für sein konstruktives, verdienstvolles Wirken und für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Gremien der Sparkasse Bremen – seit 1994 zunächst als Mitglied des Verwaltungsrates des wirtschaftlichen Vereins und seit 2004 im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft.

Die Vorschriften des Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt haben. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2012 mit dem Umsetzungsstatus zum Deutschen Corporate Governance Kodex und bestätigte diesen formal.

Die von der Hauptversammlung am 23. Mai 2012 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 22. April 2013 und des Aufsichtsrates am 25. April 2013 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 in seiner Sitzung am 25. April 2013 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2012 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.«

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2012. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 25. April 2013

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates